

Antrag 25/I/2022**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 24/I/2022 (Konsens)****Tarifverträge im öffentlichen Dienst zusammenführen und sozial gerecht gestalten**

1 Tarifverträge im öffentlichen Dienst zusammenführen
2 und sozial gerecht gestalten Im öffentlichen Dienst von
3 Bund, Ländern und Kommunen gibt es unterschiedliche
4 Tarifverträge. Die Tarifbeschäftigten der Länder sind im
5 „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder“ (TV-
6 L) und in Hessen im TV-H geregelt. Für die Tarifbeschäf-
7 tigten im Bereich des Bundes und der Kommunen gilt der
8 TVöD „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst“.

9
10 Das Nebeneinander unterschiedlicher (Flächen-
11)Tarifverträge für die Beschäftigten im öffentlichen
12 Dienst im gleichem Geltungsraum führt zu Ungerech-
13 tigkeiten und unnötigen Konkurrenzsituationen. Dies
14 ist nicht mehr zeitgemäß und vor dem Hintergrund
15 des erheblichen Fachkräftebedarfs auch im öffentlichen
16 Dienst nicht mehr zielführend.

17
18 Wir fordern daher, dass die Tarifstruktur und die Arbeits-
19 bedingungen im öffentlichen Dienst schnellstens verein-
20 heitlicht und verbessert werden. Länder, Kommunen und
21 Bund müssen gute und moderne Arbeitgeber sein, die
22 durch eine einheitliche Tarifstruktur und sehr gute Ar-
23 beitsbedingungen, den Wettbewerb um die Beschäftigten
24 auch in der Zukunft erfolgreich bestreiten können.

25
26 Wir fordern, dass sich Sozialdemokraten*innen, die politi-
27 sche Verantwortung im Bund, den Ländern und den Kom-
28 munen tragen, dafür einsetzen, dass diese Forderungen
29 auf der Arbeitgeberseite umgesetzt werden.

30
31 **Begründung**

32 Die Tarifgemeinschaft auf Seiten der Arbeitgeber wur-
33 de 2006 aufgelöst. Seitdem existieren im öffentlichen
34 Dienst zwei unterschiedliche Flächentarifverträge und die
35 Tarifverhandlungen finden getrennt voneinander statt.
36 Seinerzeit sind die Länder aus der Verhandlungsgemein-
37 schaft mit Bund und Kommunen ausgestiegen. Der Hin-
38 tergrund war rein haushalterischer Natur. Auf Kosten der
39 Tariflöhne sollten durch Einsparungen die Haushalte der
40 Länder saniert werden.

41
42 In den letzten Tarifrunden vor Corona wurden die Verbes-
43 serungen der Haushaltssituationen der Länder auch ein
44 wenig an die Beschäftigten weitergegeben und es wurden
45 solide Tarifergebnisse erzielt. Mit Blick auf die während
46 der Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden der Län-
47 der wurden aber in der letzten Tarifrunde erneut eher ma-

48 gere Tarifvereinbarung getroffen. Stattdessen wollte die
49 Arbeitgeberseite den Arbeitsvorgang der unteren Einkom-
50 mensgruppen neu bewerten.

51

52 Die unattraktive Tarifstruktur der Länder, die nebeneinan-
53 der bestehenden Tarife im öffentlichen Dienst und die un-
54 terschiedlichen Nettoeinkommen von Tarifbeschäftigten
55 und Beamt*innen führen immer mehr dazu, dass für Be-
56 schäftigte in den Ländern die Verbeamtung die Möglich-
57 keit ist, mehr Einkommen zu erhalten. Wenn aber die Ver-
58 beamtung allein dazu dient, Beschäftigte zu halten, weil
59 sie mehr Geld bekommen, wird auch dies nicht auf Dau-
60 er von Erfolg gekrönt sein. Denn neben der Frage, in wel-
61 chen Berufen verbeamtet wird, wie z. B. bei den Lehrer*in-
62 nen wird es als nächstes den Wettbewerb geben, welches
63 Land am meisten zahlt. Damit wird eine Lohn- bzw. Be-
64 soldungsspirale in Gang gesetzt, die eigentlich kein Land
65 gewinnen kann.

66

67 Die Berlin-Zulage für alle Beschäftigten des Landes ist
68 zwar ein Schritt zur Attraktivitätssteigerung des öffentli-
69 chen Dienstes im Land, birgt aber die Gefahr 2025 aus der
70 Tarifgemeinschaft der Länder zu fliegen, wenn Berlin dann
71 nicht diese Zulage aufgibt. Daher ist auch hier eine alleini-
72 ge Abweichung einzelner Länder auf Dauer nicht zielfüh-
73 rend.

74 Gerade Corona hat nochmals verdeutlicht, wie wichtig ei-
75 ne zuverlässige, ausreichende und engagierte Daseinsvor-
76 sorge ist. Bereits jetzt gehen viele Beschäftigte in der pri-
77 vaten Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst in den
78 Ruhestand. Der Kampf um neue Arbeitnehmer*innen hat
79 längst begonnen und wird sich in den kommenden Jah-
80 ren noch erheblich verschärfen. Wenn der öffentliche Ar-
81 beitgeber hier mithalten und mit gutem Beispiel für gute
82 Arbeit voran gehen will, muss das Tarifsysteem im öffent-
83 lichen Dienst an diese neuen Anforderungen angepasst
84 werden.